

08. Juli 2005

Anfrage**der Abgeordneten Gabriele Heinisch-Hosek und GenossInnen,****an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen****betreffend der Kürzung finanzieller Mittel für frauenspezifische (Beratungs)Einrichtungen**

Die zunehmenden Anfragen mit denen frauenspezifische (Beratungs)Einrichtungen konfrontiert sind und die Einsparungen seitens des Bundes bewirken eine enorme Arbeitsbelastung für die betroffenen Stellen, die kaum noch bewerkstelligt werden kann. Folglich kommt es in den meisten Beratungsstellen zu einer Reduzierung der Beratungsstunden und des Beratungspersonals. In der Arbeit der frauenspezifischen (Beratungs)Einrichtungen haben sich sowohl die Rahmenbedingungen verschärft, als auch deren Handlungsspielraum eingeengt.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen folgende Anfrage:

Anfrage

1. Welche frauenspezifischen Einrichtungen (außer Notrufen und Frauenservicestellen) wurden im Jahr 2005 gefördert? Wofür, und in welcher Höhe?
2. Nach welchen Kriterien werden Frauenberatungsstellen als Frauenservicestellen anerkannt?
3. Wird es ab 2006 endlich eine jährliche Indexanpassung der Förderung für frauenspezifische Einrichtungen geben?

4. Welche frauenspezifischen (Beratungs)Einrichtungen werden aus dem Gesundheitsressort gefördert? Welche Projekte mit frauenspezifischem Schwerpunkt wurden aus diesem Ressort gefördert? In welcher Höhe?
5. Die Gelder der ehemaligen Frauengrundsatzabteilung im BMWA wurden voriges Jahr noch über Ihr Ministerium an verschiedene Frauenberatungsstellen ausbezahlt (bei manchen Stellen waren dies bis zu 7000,- zur Sachkostenabdeckung bzw. für EDV-Kurse). Warum sind heuer diese Gelder nicht mehr verfügbar?
6. Weshalb wurde die Informationsstelle und die Frauenhelpline gegen Männergewalt als Einrichtungen des Vereins AÖF (Autonome Österreichische Frauenhäuser) im Jahr 2004 und 2005 um 11 Prozent, was knapp 40.000.- entspricht, gekürzt?
7. Frauen- und Opferschutzorganisationen empfehlen bzw. fordern seit langem den personellen Ausbau der Frauenhelpline, damit jede Anruferin rund um die Uhr und zu jeder Zeit kostenlose Beratung und Unterstützung bekommt. Statt dessen sind derzeit die Errichtung von Frauentelefonen in einzelnen Bundesländern, wie etwa in Niederösterreich, in Planung. Eine österreichweite Anlaufstelle und kostenlose Nummer für Frauen ist zielführender, effektiver und kostengünstiger, als zusätzliche Nummern, die lediglich zu Verwirrung bei den Betroffenen führen und einen erhöhten Kostenaufwand verursachen. Was ist der Hintergrund für diese geplante Dezentralisierung?
8. 2006 übernimmt Österreich die EU-Präsidentschaft. Frau Bundesministerin, Sie planen dazu eine Konferenz (25. Jänner 2006) in Brüssel, wo sie gemeinsam mit EU-PolitikerInnen die Themenschwerpunkte Migrantinnen, Zwangsheirat, FGM und Frauenhandel erörtern werden.
Welche konkreten längerfristigen Schritte zur Verbesserung der Situationen von Migrantinnen und Betroffenen von Zwangsheirat, FGM und Frauenhandel werden Sie in Österreich ab 2006 setzen?

Gschwindt-Horak

Albrecht
Hörner
Klein